

A-044/2018	<b>Eingegangen im Sekretariat der Oberbürgermeisterin</b> 18.09.2018	
	5307	Bd

## Beschlussantrag Nr. BA-048/2018

**Einreicher:**  
Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN

**Gegenstand:**  
Anfrage an die Deutsche Rentenversicherung - Bund - zur Rentenhöhe der Bürgerinnen und Bürger in Chemnitz und die daraus resultierenden Schlußfolgerungen der Verwaltung für die Erfassung weiterer "Berechtigter auf Grundsicherung".

**Kostendeckungsvorschlag:**  
(Produktuntergruppe)

		Status	Beratungsergebnis		
Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	öffentlich/ nichtöffentlich	bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung
Stadtrat	28.11.2018	öffentlich			

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Deutsche Rentenversicherung -Bund- über die durchschnittliche Rentenhöhe der Bürgerinnen und Bürger in Chemnitz zu befragen. Weiterhin ist die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner zu benennen, die unter 940,- Euro (Regelsatz + durchschnittliche Kosten der Unterkunft) leben müssen.

Auf der Grundlage dieser Daten ist durch das zuständige Dezernat ein Strategiepapier zu erarbeiten, wie die bisher noch nicht erreichten „Berechtigten auf Grundsicherung“ mit neuen Informationsmaterial zu Antragsformularen und Zahlungsvoraussetzungen besser unterstützt werden können. Ziel muss sein, die z.Zt. noch nicht erfassten Bürgerinnen und Bürger, den Zugang zu diesen Sozialleistungen zu ermöglichen.

Über die Ergebnisse ist der Stadtrat, in der Januar-Sitzung 2019 zu informieren.

*i. A. Andreas Felber*

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

### **Begründung:**

Es fehlen zu diesem wichtigen Thema echte Bestandsaufnahmen, da derzeitig der Stadtverwaltung nur die tatsächliche Anzahl der Grundsicherungsempfänger bekannt ist.

Der durchschnittliche Wert der tatsächlich Betroffenen liegt bundesweit viel höher. Um auch die noch nicht erreichten Menschen in Chemnitz, diese finanzielle Grundabsicherung nahe zu bringen, müssen neue Wege der Information geschaffen werden. Es muss viel mehr Aufklärungsarbeit von seitens der Behörden, Vereine, Initiativen geleistet werden. Den Betroffenen steht das Geld zu.